

# Ressourcenkonflikte

Andreas Jacobs, Christoph Weller

## 3.1 Ursachen der Konflikte

**DIE KNAPPHEIT NATÜRLICHER** Ressourcen ist eine der grundlegendsten Herausforderungen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Deshalb haben sich die Menschen schon immer darum bemüht, akzeptable Regelungen für eine gerechte Ressourcenverteilung zu finden. Dass dabei keine Gerechtigkeit im Sinne einer Gleichverteilung von Ressourcen hergestellt wird, ist offensichtlich. Ressourcengerechtigkeit ist vielmehr das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses, an dessen Ende eine von den beteiligten Akteuren als gerecht empfundene Verteilungsregelung steht. Diese ist im besten Fall in der Lage, eine möglichst breite Legitimation für sich in Anspruch zu nehmen, was erfahrungsgemäß dann der Fall ist, wenn möglichst viele Akteure am Prozess der Regelausarbeitung auf möglichst demokratische Weise beteiligt sind (vgl. FRASER 2005; DAASE & HUMRICH 2011). Der Marktmechanismus, der die Ressourcenverteilung über Besitz, Handel und Preise regelt, hat sich als global dominante Verteilungsregelung etabliert. Die Verteilung natürlicher Ressourcen über nationale und globale Märkte erfährt breite Anerkennung, produziert aber angesichts ungleicher Besitzverhältnisse auch vielfältige Ungerechtigkeiten. Daraus erwachsen unzählige Konflikte im Sinne unvereinbarer

Interessen, weil über ein und dieselbe Ressource mehr Akteure verfügen wollen, als angesichts ihrer Knappheit möglich ist. Ist der Gegenstand eines solchen Interessenkonflikts die Knappheit von oder der Zugang zu natürlichen Ressourcen, sprechen wir von „Ressourcenkonflikten“.<sup>1</sup>

Bei diesem Begriff wird in politischen Debatten nicht selten unmittelbar die Austragung dieser Konflikte mit Gewalt assoziiert, wird gleich an militärische Drohungen, die gewaltsame Erringung von Herrschaft über Rohstoffvorkommen und Produktionsstätten, an Warlords und Bürgerkriege im globalen Süden gedacht. Der gewaltsame Umgang mit Interessengegensätzen, denen Ressourcenknappheit zugrunde liegt, ist jedoch der Ausnahmefall, wengleich dieser besonderer Aufmerksamkeit bedarf, insbesondere in der Perspektive der Friedens- und Konfliktforschung (vgl. BONACKER & WELLER 2006; WELLER & BÖSCH 2011). Normalerweise findet bei Ressourcenkonflikten eine geregelte Konfliktbearbeitung statt, da die Kosten und Risiken der gewaltsamen Ressourcenaneignung jene des Kaufs zu meist deutlich übersteigen.

<sup>1</sup> Für ihre Unterstützung bei der Erstellung dieses Beitrags danken wir Elke Schneider, Anna Rother und Luitgard Marschall.

### 3.2 Die Bearbeitung der Konflikte und das Gewaltisiko

Der Begriff Ressourcen bezeichnet je nach Spezifizierung solche für den Menschen und seine wirtschaftlichen Tätigkeiten bedeutsamen Umweltgüter (vgl. LESER 2005: 762 in ZEPF 2009: 19), die sich grob entlang der Dimensionen Boden, Wasser und Luft differenzieren lassen. Die Bearbeitung von Ressourcenkonflikten erfolgt zumeist durch vertragliche Vereinbarungen über eine bestimmte Verteilungsregel, bei deren Zustandekommen durch Kompromissbildung alle Interessen so weit wie möglich berücksichtigt werden. Ressourcenkonflikte werden dann friedlich ausgetragen, wenn von den Konfliktparteien anerkannte Regeln und Institutionen der Konfliktbearbeitung vorhanden sind, in denen die Interessengegensätze ausgetragen werden können. Gibt es in einer Bibliothek beispielsweise nur 5 Exemplare eines Lehrbuches, welches aber 13 Studierende während des Semesters benötigen, kann die Konfliktbearbeitung etwa darin bestehen, dass fünf Arbeitsgruppen gebildet werden, aus jeder Arbeitsgruppe nur ein Mitglied eines der Bücher ausleiht und sich dabei verpflichtet, es allen AG-Mitgliedern jeweils auch zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für den innerstaatlichen Umgang mit knappen Ressourcen, wobei hier dem Staat die zentrale Rolle des obersten Regulierers zukommt. So sind beispielsweise Regeln über die Verfahren zur Herstellung verbindlicher Entscheidungen über die Verteilung nationaler Steueraufkommen ein zentrales Element jeder staatlichen Ordnung. Außerdem verlangen Staaten für die Nutzung bzw. den Abbau von Ressourcen Konzessionen und erheben Abgaben und Steuern, um ihre Bevölkerungen an den durch Ressourcennutzung erzielten Gewinnen teilhaben zu lassen.

Ressourcenkonflikte innerhalb etablierter rechtsstaatlicher Demokratien sind also nur selten ein ernsthaftes Problem, da hier der Staat

willens und in der Lage ist, seiner vordringlichsten Aufgabe nachzukommen, d.h. durch sein Gewaltmonopol die Einhaltung von geltenden Regeln und den friedlichen Konfliktaustrag innerhalb seines Territoriums zu gewährleisten. Anders stellt sich die Lage in autokratischen Staaten und zahlreichen Entwicklungsländern dar, deren Herrschaft nur geringe Legitimation und teilweise auch unvollständige territoriale Kontrolle aufweist. Und ähnlich verhält es sich auf der Ebene internationaler Politik, die sich ja gerade durch die Abwesenheit einer übergeordneten Ordnungsinstanz auszeichnet. Hier besteht die erhöhte Gefahr, dass Ressourcenkonflikte gewaltsam ausgetragen werden.

Beispiele für den gewaltsamen Austrag von Konflikten über im Boden befindliche Ressourcen finden sich vor allem in Afrika. In der westafrikanischen Konfliktregion um Sierra Leone und Liberia spielten und spielen beispielsweise der Abbau von Diamanten und Nutzholz eine wichtige Rolle. In den anhaltenden Gewaltkonflikten, die auf dem Territorium der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) ausgetragen werden, geht es unter anderem um die Kontrolle über solche Regionen, in denen Erze wie Coltan (Columbit-Tantalit) oder Metalle wie Gold und Zinn abgebaut werden. Die ständige Gefahr des (Wieder-)Aufflammens gewaltsamer Konflikte droht besonders in rohstoffreichen Teilen von Staaten wie Nigeria und Angola, die ansonsten inzwischen zumindest als einigermaßen „stabil“ gelten.

Auf internationaler Ebene zeigt sich das erhöhte Gewaltpotenzial von Ressourcenkonflikten beispielsweise in der über Jahrzehnte erfolgten geostrategischen Ausrichtung der USA auf die Sicherung ihrer (Energie-)Interessen im Mittleren Osten und in dem seit Jahrzehnten anhaltenden und immer wieder aufflammenden Konflikt zwischen den Anrainerstaaten des ölreichen Südchinesischen Meers. Auch die jüngsten Verschärfungen des internationalen Konflikts um die zukünftige Aufteilung der

Souveränitäts- und Nutzungsrechte der rohstoffreichen Arktis sind Zeichen der Unsicherheit, ob die bereits etablierten internationalen Institutionen zur Bearbeitung von Ressourcenkonflikten ausreichen, eine gewaltsame Aneignung natürlicher Ressourcen zu verhindern. Hier besteht aus der Perspektive einiger Beobachter durchaus die Gefahr, dass die Ressourcenkonflikte vom klimawandel-induzierten „Meltdown“ zum vom nationalstaatlichen Ressourcen hunger getriebenen „Showdown“ eskalieren könnten (HUMRICH & WOLF 2011; vgl. NIETH 2009).

Zur internationalen Bearbeitung solcher Ressourcenkonflikte wurde 1982 das Seerechtsübereinkommen (SRÜ) abgeschlossen, welches 1994 nach der 60. Ratifizierung in Kraft trat (vgl. Kapitel 8). Bis heute haben 165 Staaten den Vertrag ratifiziert, worin sich das breite Interesse an einer geregelten Bearbeitung internationaler Ressourcenkonflikte zeigt. Das Seerechtsübereinkommen ist in großen Teilen eine Kodifizierung von Völkergewohnheitsrecht, wodurch auch Nicht-Vertragsstaaten durch das Übereinkommen gebunden sind (JENISCH 2006: 80). Es legt für jeden Küstenstaat eine sog. „Ausschließliche Wirtschaftszone“ fest, in welcher der betreffende Staat das Recht besitzt, die lebenden und nicht-lebenden Ressourcen exklusiv auszubeuten (Art. 56 SRÜ). Außerhalb dieser Zone befindliche maritime Ressourcen definiert das SRÜ als „gemeinsame(s) Erbe der Menschheit“ (Art. 136 SRÜ). Ergänzend zu diesen Regelungen wurden durch das SRÜ auch Institutionen geschaffen, um die auftretenden internationalen Ressourcenkonflikte zu bearbeiten. Hierzu gehören die Meeresbodenbehörde, die Festlandsockelkommission und der Internationale Seegerichtshof (ISGH), der auch von nicht-staatlichen Akteuren in Anspruch genommen werden kann (JENISCH 2006: 80f; BOYLE 1997: 37).

Die globalen Besitz- und Nutzungsrechte an natürlichen Ressourcen werden von zahlrei-

chen weiteren völkerrechtlichen Abkommen und Verträgen geregelt. Territoriale Grenzen zwischen Staaten ermöglichen hier zumeist eindeutige Zuordnungen, die aber auch zur Folge haben können, dass sich rohstoffreiche Landesteile abspalten wollen, um als autonomer Staat über die Verteilung der Gewinne der Ressourcenausbeutung entscheiden zu können (man denke z. B. an die 2011 erklärte Unabhängigkeit des ölreichen Südsudans). Dabei ist jedoch zumeist der Ressourcenkonflikt nur ein Teil der gesellschaftlichen Konfliktkonstellation, da beispielsweise auch sozio-ökonomische oder ethnische Spaltungen eine wichtige Rolle spielen können. Doch kann in solchen Fällen die Verteilung natürlicher Ressourcen zumindest als mitursächlich für den Ausbruch und die gewaltsame Austragung eines Herrschaftskonflikts angesehen werden.

Vollkommen anders verhält es sich bei Konfliktkonstellationen, in denen Wasser eine zentrale Rolle spielt. Wasserkonflikte zwischen Staaten können sehr unterschiedliche Ursachen haben – Wasserverschmutzung, Wasserentnahme, Staudämme –, führen aber in den allermeisten Fällen zur zwischenstaatlichen Kooperation und zur Gründung entsprechender Institutionen. Dass die 1804 gegründete Zentralkommission für die Rheinschifffahrt als älteste internationale Organisation gilt, ist vielleicht nicht zufällig (vgl. RITTBERGER & ZANGL 2005). Die Gründung verdeutlicht in jedem Fall die Einsicht, dass den Interessen der angrenzenden Staaten am besten gedient ist, wenn der Rhein gemeinsam genutzt und über diese Nutzung eine zwischenstaatliche Vereinbarung etabliert wird. Im Rahmen dieser Vereinbarung wird bis heute die Einhaltung der getroffenen Regeln überprüft und die gemeinsame Bearbeitung jeweils aktuell auftretender Interessenkonflikte vorangetrieben.

Interessanterweise lässt sich ähnliches auch für Wasserkonflikte innerhalb fragiler Staaten sagen, also für jene Konflikte, in denen die Ver-

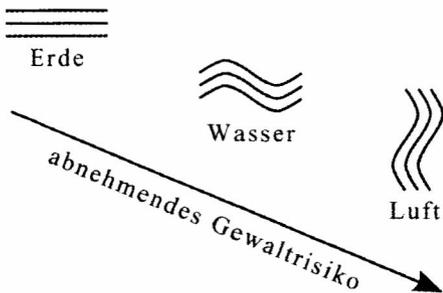
knappung von Trinkwasser für Mensch und Vieh, die Kontrolle des Zugangs zu Flüssen oder zu fischreichen Gewässern eine zentrale Rolle spielt. Im weit überwiegenden Maße werden auch diese Konflikte durch gesellschaftliche Verregelung bearbeitet (vgl. WOLF 2007). In jenen Fällen, in denen es in der Vergangenheit zum gewaltsamen Konfliktaustrag zwischen lokalen Gruppierungen gekommen ist, wie z. B. zwischen (halb-)nomadischen Viehhaltern in ariden Regionen Sub-Sahara Afrikas, hat die Forschung weniger die Verknappung der Ressource Wasser an sich als vielmehr andere sozio-ökonomische und politische Faktoren als ursächlich für die gewaltsame Konfliktaustragung identifiziert (z. B. SCHREIBER 2011; vgl. KOK ET AL. 2009). Nichtsdestotrotz ist die Annahme nicht einfach von der Hand zu weisen, dass die durch den globalen Klimawandel mit verursachte, zunehmende Verknappung von Wasser das Risiko bewaffneter Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene verschärft. Belastbare empirische Belege für die in den Medien immer wieder vertretene These, dass die Kriege der Zukunft Wasserkriege sein werden (z. B. PUTZIER 30.07.12), sind jedoch nicht vorhanden (vgl. BASEDAU & LEIDREITER 2011).

Schwieriger stellt sich die Lage bei Ressourcen dar, die an keinen territorial definierten Ort gebunden sind und vornehmlich mit der Dimension Luft assoziiert werden. Hier ist insbesondere der durch industrielle Entwicklung angestoßene Klimawandel zu nennen. Unter seinen Folgen haben gerade diejenigen Teile der Weltbevölkerung am meisten zu leiden, deren Lebensstile ihn am wenigsten hervorrufen. Daraus entstehen ein enormes Gerechtigkeitsproblem und entsprechende Interessenkonflikte. Diese können zwar innerhalb fragiler Staaten lokale Gewaltdynamiken befördern. Auf der Ebene internationaler Politik weisen sie jedoch nur eine geringe Neigung zum gewaltsamen Konfliktaustrag auf, da nationale Interessen aufgrund des globalen Charakters der von Ver-

schmutzung bedrohten Ressource „Luft/Atmosphäre“ kaum mit Gewaltmitteln durchgesetzt werden können (vgl. BREITMEIER 2009).

Nichtsdestotrotz besteht aber aus Sicht zahlreicher westlicher Industriestaaten ein immer größerer Handlungsbedarf hin zu einer globalen Verregelung der Ressource Luft. Dabei wird einerseits auf die langfristigen „Kosten“ des Klimawandels und die damit einhergehenden unabsehbaren Risiken verwiesen (vgl. WBGU 2011), etwa hinsichtlich der etablierten landwirtschaftlichen Nutzung bestimmter Klimazonen oder der Wüstenbildung. Andererseits engagieren sich viele europäische Industriestaaten auch aus ganz anderen Motiven bei den internationalen Verhandlungen zur Begrenzung des Klimawandels. So lässt sich in den politischen Debatten und internationalen Verhandlungen zur Klimapolitik eine zunehmende „Versicherlichung“ (*securitization*) globaler Umweltproblematiken beobachten. Dabei werden die Auswirkungen des globalen Klimawandels auf lokale Lebensbedingungen in weit entfernten Ländern mehr und mehr als Sicherheitsrisiko gesehen, da sie bestehende Migrationsströme von Süd nach Nord verstärken können, was als Bedrohung für den Erhalt des hohen Wohlstandsniveaus im globalen Norden interpretiert wird. Hinzu kommt die Verschärfung lokaler Konfliktlagen durch extreme Wetterlagen, welche zunehmend als Bedrohung für die Stabilität und nationale Sicherheit von Staaten gesehen wird und internationale Auswirkungen haben kann (vgl. BRZOSKA & OELS 2011; BUZAN ET AL. 1998: 71–94).

Auf das erhöhte Gewaltisiko bei Konflikten um im Boden gebundene Ressourcen wurde bereits hingewiesen (vgl. Abb. 3.1). Entsprechende energetische wie nicht-energetische Ressourcen bzw. Rohstoffe sind für die technologische wie sozio-ökonomische Entwicklung moderner Gesellschaften jedoch besonders relevant. Deshalb werden wir im Folgenden kurz die mit nationalem Rohstoffreichtum



**Abb. 3.1:**  
Natürliche Ressourcen und Gewaltkonflikte.

verbundenen Entwicklungshoffnungen explizieren, um anschließend jene mit industrieller Rohstoffausbeutung gemachten Konflikterfahrungen herauszuarbeiten und zu erklären, was es mit dem sog. „Fluch der Ressourcen“ auf sich hat. Dass sich dieser Fluch auch überwinden lässt, bringt uns im fünften Abschnitt wieder zurück auf unterschiedliche Formen der Konfliktbearbeitung, die sich bei aktuellen Ressourcenkonflikten beobachten lassen. Dabei werden wir beispielhaft auf solche globalen Verregelungsprozesse bzw. *Governance*-Initiativen eingehen, mit deren Hilfe gewaltsam ausgetragene Ressourcenkonflikte in internationalen Kontexten bearbeitet werden. Unser Ziel ist es aufzuzeigen, dass von verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren gemeinsam getragene Initiativen in der Lage sind, zur Minderung lokaler Gewaltdynamiken beizutragen und daher zumindest potenziell einen Anknüpfungspunkt bieten, um auf Ressourcengerechtigkeit abzielende Verteilungsregeln zu erarbeiten.

### 3.3 Ressourcen und Entwicklung

Die rohstoffbasierte Entwicklung moderner Gesellschaften ist zwar mit zahlreichen sozio-ökonomischen wie ökologischen Risiken behaf-

tet (vgl. BECK 1986; RELLER ET AL. 2009), dennoch kann nationaler Rohstoffreichtum mit Blick auf die Industrialisierungs- und Modernisierungsgeschichte des Westens getrost als Segen bezeichnet werden (z. B. ROSTOW 1990 [1961]). In westlichen Industriestaaten hängen industrielle Entwicklung, technologischer Fortschritt, gesellschaftliches Wohlergehen und die Entfaltung moderner Lebensstile jedoch seit jeher vom freien Zugang zu energetischen und nicht-energetischen Rohstoffen ab, die teilweise auch außerhalb ihrer Hoheitsgebiete abgebaut werden. Die rasanten technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben diese Abhängigkeiten sogar noch verstärkt (ANGERER ET AL. 2009; SATW 2010). Sie finden ihren sprachlichen Ausdruck in von Wissenschaft und Politik geformten Begriffen wie „strategische Ressourcen“ (*strategic resources*) und „kritische Materialien“ (*critical materials*) (vgl. EU COM 2011; EU COM/AD-HOC WORKING GROUP 2010; U.S. DEPARTMENT OF ENERGY 2010). Öl und Gas sind klassische Beispiele für strategische Ressourcen. Bekannte Beispiele für kritische Materialien sind Platingruppenmetalle und Seltenerdmetalle. Letztere wurden im vergangenen Jahrzehnt nahezu ausschließlich in China abgebaut. Ihr zwischenzeitlich beschränkter Export hatte nicht unerhebliche diplomatische Konflikte zur Folge, die u. a. innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) ausgetragen wurden.

Mit Blick auf die rasante Industrialisierung und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien lässt sich die Annahme, dass nationaler Ressourcenreichtum ein Segen ist, auch über die westliche Welt hinaus aufrechterhalten. Aus Sicht von Millionen sozio-ökonomisch marginalisierter Menschen in den Entwicklungsländern und Konfliktzonen des globalen Südens ist nationaler Reichtum an natürlichen Ressourcen jedoch nicht selten alles andere als ein Segen. Er erscheint sogar als Fluch (vgl.

ANAND ET AL. 2010). Die Kernthese dieses Ressourcenfluchs lautet: Nationaler Rohstoffreichtum wirkt sich entgegen aller Hoffnungen überwiegend negativ auf die sozio-ökonomische Entwicklung eines Landes aus. Dies gilt besonders in ressourcenreichen Entwicklungsländern, in denen sich mächtige nationale wie transnationale Akteure knappe Umweltressourcen zum Zwecke kommerzieller Profitmaximierung aneignen. Die Charakterisierung eines Landes als „ressourcenreich“ bezieht sich dabei auf eine Definition des Internationalen Währungsfonds (IWF), die inzwischen von nahezu allen einflussreichen internationalen Akteuren im Rohstoffsektor geteilt wird. In den letzten Jahren ist sie jedoch verstärkt in die Kritik geraten, da sie aufgrund ihrer Betonung des Anteils von Rohstoffexporten am Gesamtexport und Gesamtsteueraufkommen eines Landes (je min. 25 %) viel mehr einen Ausdruck für – negativ zu bewertende – nationale *Abhängigkeiten* von natürlichen Ressourcen darstellt, denn für – positiv gesehenen – nationalen Ressourcenreichtum (NEUMANN 2012).

Nicht zuletzt weil ihn (mächtige) Vertreter internationaler Organisationen, Staaten und Unternehmen immer wieder im Einklang mit lokalen und nationalen politischen Eliten südlicher Länder propagieren, ist der Glaube an die Segnungen nationalen Ressourcenreichtums vielerorts ungebrochen. Die kommerzielle Nutzung des nationalen Ressourcenreichtums soll Entwicklungsländern so etwa ein Mehr an Steuereinnahmen bringen, staatliche Infrastrukturen verbessern und die nationale Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie sichern. Darüber hinaus wird nicht selten betont, dass die kommerzielle Rohstoffausbeutung mit der Schaffung zahlreicher Jobs einhergehe, welche den Mitgliedern lokaler Haushalte Alternativen zu einer immer weniger auskömmlichen Subsistenzwirtschaft böten und so zu sozioökonomischer Entwicklung beitragen. Vor dem Hintergrund derartiger Entwicklungsversprechen

werden wir im Folgenden ausführlich auf jenes Phänomen eingehen, welches die sozialwissenschaftliche Forschung zum Themenkomplex der Mensch-Umweltbeziehungen in konfliktgeplagten Entwicklungsländern in den vergangenen Jahrzehnten in besonderer Weise beschäftigt hat: der „Ressourcenfluch“ (*resource curse*). Angesichts der Fülle der verfügbaren Literatur lehnen sich unsere Ausführungen im Besonderen an Andrew Rossers (2006) ausführlichen Literaturüberblick zum Thema an (siehe auch GIZ 2011; MILDNER ET AL. 2011; vgl. BASEDAU & LAY 2009; ALENCE 2005).

### 3.4 Ressourcenfluch

Mit Ressourcenreichtum geht die naheliegende Erwartung einher, dass dieser die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes erleichtern müsste. Dem stehen nicht wenige Fälle gegenüber, in denen sich staatlicher Ressourcenreichtum negativ auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum eines Landes auswirkte (vgl. z. B. SACHS & WARNER 1995, 1999, 2001). Die sogenannte Holländische Krankheit (*dutch disease*) ist ein vergleichsweise bekanntes Beispiel für dieses Phänomen, welches zumindest für die energetischen Rohstoffe Öl und Gas inzwischen relativ gut belegt ist. Der Begriff geht auf eine Phase gesamtwirtschaftlicher Stagnation in den Niederlanden der 1970er Jahre zurück. Damals dehnte sich die dortige Rohstoffindustrie nach Entdeckung eines gewaltigen Gasfelds stark aus, was zu rasanten Verlusten an qualifizierten Arbeitskräften und Kapital in alternativen Industriezweigen sowie der Landwirtschaft führte. Die durch die boomende Gasindustrie erzielten hohen Exporterlöse führten zugleich zu einer starken Aufwertung der niederländischen Währung, welche sich wiederum negativ auf die Exporterlöse der bereits angeschlagenen Wirtschaftszweige auswirkte. Kaum war der Gas-Boom vorbei, brach

das Wirtschaftswachstum massiv ein. Das Industrieland Niederlande hat sich inzwischen von der Holländischen Krankheit erholt. Zahlreiche Schwellen- und Entwicklungsländer leiden jedoch noch immer an den sozio-ökonomischen Folgen einer einseitigen Ausrichtung ihrer Ökonomien auf den kommerziellen Abbau und Export einiger weniger Rohstoffe.

Eng mit der ökonomischen Dimension des Ressourcenfluchs verschränkt ist die Beobachtung, dass politische Prozesse und Institutionen in ressourcenreichen Ländern oft in hohem Maße ineffektiv sind. Eine der zentralen Thesen zu dieser politischen Dimension des Fluchs lautet, dass es breiten Bevölkerungsschichten in ressourcenreichen Ländern deshalb schlechter geht, weil sich Ressourcenreichtum negativ auf das Demokratieniveau eines Landes auswirkt (z. B. ROSS 1999; WANTCHEKON 2002). Ressourcenreiche Länder werden unverhältnismäßig oft von autoritären Regimen regiert, staatliche Institutionen erfüllen die ihnen zugewiesenen Aufgaben nur unzureichend und Demokratisierungsprozesse laufen mit größerer Wahrscheinlichkeit langsamer ab und scheitern häufiger, als dies in vergleichbaren ressourcenarmen Ländern der Fall ist. Diese These wurde insbesondere mit Blick auf die politische Performance (autokratischer) öllexportierender Länder empirisch untersucht. Ihre Verfechter betonen aber, dass sie in ihrer Gültigkeit nicht auf die arabische Halbinsel, den Nahen Osten, Sub-Sahara Afrika oder kleine Staaten beschränkt sei (ROSS 2001a).

Daneben ist der Zusammenhang zwischen Ressourcenreichtum und Bürgerkriegen vielfach untersucht worden (vgl. z. B. LE BILLION 2001; ROSS 2004; COLLIER ET AL. 2003; COLLIER 2004; COLLIER ET AL. 2008; FEARON 2005), wobei scheinbar der Ressourcenreichtum eines Entwicklungslandes oder autokratischen Staates die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines Bürgerkriegs erhöht. Dabei zeigen vergleichende Analysen, dass die Art des natio-

nen Ressourcenreichtums entscheidende Auswirkungen auf den Verlauf solcher Bürgerkriege hat. So macht zum Beispiel das Vorhandensein von Ressourcen, deren Ausbeutung erhebliche materielle Investitionen über lange Zeiträume erfordert (wie z. B. Öl), secessionistische Auseinandersetzungen grundsätzlich wahrscheinlicher. Dagegen tragen Ressourcen wie Diamanten, Coltan oder Tropenhölzer, die mit einfachsten Mitteln abzubauen sind, zu meist zur Finanzierung nicht-secessionistischer Gewaltkonflikte bei. Generell scheint der Ressourcenfluch insbesondere für jene Ressourcen bzw. nicht-erneuerbaren Rohstoffe zu gelten, die sich entweder natürlicherweise an einigen wenigen Orten konzentrieren oder die sich durch den Menschen entsprechend konzentrieren und monopolisieren lassen (wie z. B. Plantagenpflanzen). Für weit verbreitete erneuerbare Ressourcen wie z. B. die Ackerpflanzen Weizen und Mais ist der Ressourcenfluch hingegen nicht beobachtbar (vgl. FEARON & LAITIN 2003; SOYSA 2002; LEITE & WEIDMANN 1999).

### 3.5 Den Fluch erklären

Wenn in den Sozialwissenschaften nach möglichen Erklärungen für eine empirische Beobachtung gesellschaftlicher Zusammenhänge gesucht wird, dann hängt die Art der letztendlich als schlüssig befundenen Erklärung nicht selten von der zuvor gewählten Forschungsperspektive ab. Dies ist auch beim Ressourcenfluch der Fall. Im Folgenden werden vier zentrale Forschungsperspektiven dargestellt, die sich nach Rosser im aktuellen Forschungsdiskurs durchgesetzt haben (ROSSER 2006: 14–17). Sie lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen: erstens strukturelle und zweitens akteurszentrierte Perspektiven.

Strukturelle Forschungsperspektiven beinhalten erstens kritische und zweitens staatszentrierte Ansätze. Kritische Ansätze zielen im All-

gemeinen auf die ökonomisch-strukturelle Wirkung von relativer Machtakkumulation in bestimmten Teilen einer Gesellschaft ab (z. B. URRUTIA 1988). Aus kritischer Perspektive stärkt nationaler Ressourcenreichtum gut verbundene Gruppen von Unternehmern, welche daraufhin in der Lage sind, Druck auf ihre jeweiligen Regierungen auszuüben. Die Folge sind nicht selten klientelistische wirtschaftspolitische Maßnahmen und die Ausbildung von Enklavenökonomien, die dem Gemeinwohl entgegenstehen und die Lebens- wie Aufstiegschancen ärmerer Bevölkerungsschichten erschweren (z. B. FERGUSON 2006). Ein häufig zitiertes Beispiel ist die auf Importsubstitution basierende Industrialisierung Lateinamerikas. Die dafür notwendigen politischen Maßnahmen wie Importzölle oder Einfuhrbergrenzen dienten, so die Kritik, einzig den Profitinteressen der landbesitzenden, sozio-ökonomisch dominanten Klassen, während die Entwicklung eines auch nach außen hin konkurrenzfähigen Industriesektors primär den landlosen, arbeitssuchenden Massen des Kontinents genutzt hätte. Die exportorientierte Industrialisierung vieler Staaten Ostasiens ist ein klassisches Gegenbeispiel. Aus kritischer Perspektive war diese nur aufgrund der relativen Rohstoffarmut der Region möglich, welche die (Handels-) Interessen einer großen Anzahl ostasiatischer Eliten geprägt hatte (MAHON 1992).

Der Fokus staatszentrierter Ansätze liegt ebenfalls auf der strukturellen Ebene, jedoch haben sie primär die Funktionsweisen politischer Institutionen im Blick (vgl. z. B. CHAUDHRY 1994; AUTY & GELB 2001). Sie betonen die zahlreichen negativen sozio-ökonomischen Auswirkungen einer ressourcenfinanzierten Rentenökonomie (*rentier state*). Weil ressourcenreiche Staaten große Summen unverdienten Einkommens („Renten“) ausgeben können, neigen sie dazu, ihren Staatsapparat stark aufzublähen und zumindest in Teilen auf soziale Umverteilung in den Bereichen Bildung,

Gesundheit und Wohlfahrt auszurichten. Das Wohlergehen der Rohstoffindustrie sowie größtmöglicher Zugang zu politischen Renten rücken in das Zentrum staatlicher Politik. Darunter leidet der Privatsektor, private Investitionen, Innovationskraft, Produktion und Wirtschaftswachstum. Die Unabhängigkeit des Staatsapparats und der politischen Klasse von Steuereinnahmen enthebt diese zudem von der politischen Rechenschaftspflicht gegenüber den Staatsbürgern. Deshalb neigen ressourcenreiche Rentenökonomien eher zur Ausbildung von Oligarchien, ihre Bürokratien und Institutionen entwickeln häufig räuberische Züge. Die Herausbildung der sogenannten Ölstaaten (*petro-states*) im Nahen und Mittleren Osten ist ein häufig zitiertes Beispiel (KARL 1997).

Akteurszentrierte Forschungsperspektiven lassen sich ebenfalls grob in zwei Gruppen einteilen: zum einen in behavioralistische und zum anderen in rationalistische Ansätze. Behavioralistische Ansätze argumentieren, dass nationaler Rohstoffreichtum und die damit verbundenen „einfachen“ Gewinne bei den politischen Eliten eines Landes alle Arten von emotionalem und irrationalen Verhalten hervorrufen (vgl. z. B. KRAUSE 1995; MITRA 1994). Behavioralistische Ansätze stehen damit in einer langen Tradition politischer Theoretiker, die seit Jahrhunderten vor den verheerenden gesamtgesellschaftlichen Folgen von Kurzsichtigkeit, Faulheit und Müßiggang innerhalb der politischen Führungsklasse eines Landes warnen. Die für viele Beobachter bizarr anmutenden Eskapaden des inzwischen gestürzten Diktators des ölreichen Libyens, Muammar al-Gaddafi (1969–2011), mögen als Beispiel dafür dienen, dass Vertreter des Arguments der Elitenirrationalität gute Gründe haben, die Erklärungsfähigkeit ihrer Perspektive zu betonen.

Im Gegensatz zu behavioralistischen Ansätzen basieren rationalistische Erklärungsmodelle auf der Grundannahme, dass Individuen wie politische Akteure grundsätzlich nutzenmaxi-

mierende Individuen sind. Politische Eliten ressourcenreicher Länder, deren Wirtschaften nur wenig ausdifferenziert sind, verhalten sich entsprechend in keiner Weise irrational, wenn sie (kurzfristige) Ressourcengewinne auf dubiose Weise und zum (langfristigen) Schaden ihrer Bevölkerungen in die eigenen Taschen umlenken (vgl. z. B. ROSS 2001b; TORVIK 2002). Als nutzenmaximierende Individuen entspricht es ihrem ureigenen Interesse, *rent-seeking* zu betreiben, d. h. ihre politischen Machtpositionen dahingehend auszunützen, sich selbst zu bereichern und Familienmitgliedern sowie ausgewählten Mitgliedern der mit ihnen verbundenen (ethnischen) Gruppen durch Patronage an ihren Rentengewinnen teilhaben zu lassen (vgl. COLLIER & HOEFFLER 2005). Leere Staatskassen, Korruption, Ineffizienz politischer Institutionen, Inkompetenz im Staatsapparat sowie ganz allgemein schlechte Regierungsführung (*bad governance*) sind beinahe immer die Folge. In der Literatur hat sich für rationalistische Handlungsmotive von Eliten der Begriff der Gier bzw. Habgier (*greed*) etabliert. Von diesem Motiv wurde ursprünglich angenommen, dass es in Bürgerkriegen generell über sein analytisches Gegenstück der gesellschaftlich-sozialen Missstände (*grievances*) triumphiert. Neuere Forschungsansätze betonen in ihren Erklärungsmodellen das von Fall zu Fall unterschiedliche Zusammenspiel beider Faktoren sowie weiterer, als relevant angesehener Einflussgrößen, die einer Überwindung des Ressourcenfluchs in den jeweils konkreten, historischen Zusammenhängen entgegenstehen können (vgl. z. B. COLLIER 2008).

### 3.6 Den Fluch überwinden

Gegen die dargestellten Erklärungsansätze werden zahlreiche methodologische Einwände ins Feld geführt, die berechtigte Zweifel an Kausalität und Wirkrichtung des Ressourcenfluchs

wecken (ROSSER 2006: 10–13; vgl. z. B. SOYSA 2000; GRAHAM 2011; KURTZ 2009: 510; HUMPHREYS 2005). Nichtsdestotrotz wird dessen Grundannahme, dass sich nationaler Reichtum an – bestimmten – natürlichen Ressourcen eher negativ auf das sozio-ökonomische Entwicklungspotenzial konfliktgeplagter Gesellschaften auswirkt, inzwischen von zahlreichen politischen Akteuren geteilt. Entsprechend haben sich demokratisch regierte Industrie- und Schwellenländer und einflussreiche internationale Organisationen wie die Weltbank auf die Fahnen geschrieben, bei Investitionen im Rohstoffsektor darauf zu achten, dass vor Ort die „richtigen Bedingungen“ erfüllt sind. Sie haben ihr Engagement also hinsichtlich der Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards, der Wahrung der Menschenrechte sowie im Sinne von Transparenz und guter Regierungsführung (*good governance*) konditionalisiert (vgl. z. B. WORLD BANK 2004a, 2004b). Von unternehmerischer Seite wird das Gebot guter Regierungsführung durch die Ausbildung eines immer umfassenderen Verständnisses von Unternehmensverantwortung (*Corporate Social Responsibility*) ergänzt, das auch und gerade in konfliktgeplagten Entwicklungsländern zum Tragen kommt (DEITELHOFF & WOLF 2010). Im globalen Rohstoffsektor wird diese Entwicklung von Multi-Stakeholder-Initiativen wie der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) oder dem *UN Global Compact* befördert, welche die Schaffung von Einnahmen- und Ausgabentransparenz im Rohstoffsektor sowie die Förderung von vorbildlichem Unternehmensverhalten zum Ziel haben (vgl. FELDT 2009).

Als Beispiel für den politischen Umgang mit der Bürgerkriegsdimension des Ressourcenfluchs durch gezielte Verregelungsaktivitäten auf globaler Ebene sei auf den Kimberley-Prozess verwiesen. Diese *Global Governance*-Initiative wurde im Jahr 2000 auf Betreiben der Nichtregierungsorganisation *Partenariat Afri-*

que Canada (PAC) und anderer ins Leben gerufen, um den globalen Marktausschluss sogenannter „Blutdiamanten“ mittels einer möglichst umfassenden Herkunftszertifizierung sicherzustellen. Der Initiative traten in der Folge zahlreiche staatliche, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure bei (inklusive des damals marktdominierenden Diamantenherstellers De Beers). Wenngleich der Kimberley-Prozess bis heute mit zahlreichen Problemen zu kämpfen hat (wie z. B. Schmuggel und der Fälschung von Zertifikaten), wird gemeinhin angenommen, dass er durch den Entzug illegaler Einnahmequellen – neben zahlreichen anderen Faktoren wie gezielten UN-Sanktionen und teilweise auch robusten Militärinterventionen – zur Befriedung der westafrikanischen Bürgerkriege beitrug.

Aus den Erfahrungen in Westafrika lernend, beschlossen die Staatschefs der zentralafrikanischen Länder im Jahr 2006 im Rahmen ihrer *Regional Initiative against the Illegal Exploitation of Natural Resources (RINR)* einen ähnlichen Zertifizierungsmechanismus für die sogenannten „Konfliktminerale“ (*conflict minerals*) aus dem Gebiet der Großen Seen aufzubauen. Zudem begrüßten die alljährlich auf der *International Conference on the Great Lakes Region (ICGLR)* versammelten Staatschefs die Leitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zum Umgang mit Konfliktmineralien. Sie beschlossen, mit der *Tin Supply Chain Initiative (iTSCi)* der globalen Zinnindustrie zusammenzuarbeiten, die sich der Herkunftszertifizierung von Zinn aus Rwanda und der DR Kongo verschrieben hat. An den entsprechenden Arbeiten sind unter anderem die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)* im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beteiligt.

Ein aktuelles Beispiel für den Versuch, Unternehmenshandeln in Konfliktregionen durch Normsetzung zu beeinflussen, stellen die im Juni 2011 vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen verabschiedeten *Guiding Principles on Business and Human Rights* dar. Diese Prinzipien betonen in besonderer Weise die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen *und* die menschenrechtliche Schutzverantwortung von Nationalstaaten. Sie zielen unter anderem darauf ab, einen normativen Bezugsrahmen für all jene Staaten und Unternehmen zu bilden, die am Abbau bzw. an der Regelsetzung in vom Ressourcenfluch geplagten Entwicklungsländern beteiligt sind (UNHRC 2011). Im Rahmen des *Dodd-Frank-Acts* zur Finanzmarktregulierung haben die USA im Jahr 2010 darüber hinaus alle Initiativen gestärkt, die auf die Schaffung einer globalen Sorgfaltspflicht von Unternehmen entlang ihrer globalen Liefer- bzw. Wertschöpfungsketten abzielen. Seither sind US-börsennotierte Unternehmen gesetzlich angehalten, festgelegte Berichterstattungsstandards zu erfüllen und umfassende Sorgfalt walten zu lassen, um sicherzustellen, dass in den von ihnen hergestellten Produkten keine Konfliktminerale aus der DR Kongo und ihren Nachbarstaaten verarbeitet wurden (bisher konnten sie sich schlicht auf entsprechende Versicherungen ihrer Zulieferer berufen; vgl. DERA 2011).

Trotz berechtigter Kritik an dem auf freiwilligem Engagement basierenden Charakter der oben aufgeführten Governance-Initiativen und an der oftmals schönfärbenden Rhetorik vieler Unternehmen (vgl. HAMANN & KAPELUS 2004) geht der überwiegende Teil der Forschung davon aus, dass von internationalen Akteuren gemeinsam postulierte Normen und Handlungsempfehlungen mehr sind als nur „heiße Luft“. An der Ausbeutung natürlicher Ressourcen beteiligte staatliche und nicht-staatliche Akteure müssen sich inzwischen daran messen lassen, ob sie sich zu den für sie jeweils

relevanten Normen bekennen – und wie sie diese in der (unternehmerischen) Praxis umsetzen (vgl. FLOHR ET AL. 2010). Ob und wie globale Initiativen und verantwortliches Unternehmenshandeln jedoch überhaupt die erwarteten Auswirkungen zur Folge haben – und ob sich diese Auswirkungen mit den Erwartungen lokaler Bevölkerungen im globalen Süden decken, darüber ist bisher nur wenig bekannt (MÜLLER & HÜTZ-ADAMS 2012; vgl. MARTINEZ-ALIER & NARON 2004; MARTINEZ-ALIER 2009).

### 3.7 Fazit und Ausblick

Will man aus der Perspektive ökonomistisch-rationalistischer Ansätze ein Fazit über die komplexen Zusammenhänge zwischen westlichen und fernöstlichen Rohstoffabhängigkeiten und den vielfältigen Ausprägungen des Ressourcenfluchs im globalen Süden ziehen, dann muss dieses beinahe zwangsläufig pessimistisch ausfallen. Solange weder der bereits industrialisierte Norden noch die bevölkerungsreichen Schwellenländer willens oder in der Lage sind, ihre Abhängigkeiten von strategischen Ressourcen und kritischen Materialien durch politisch induzierte Maßnahmen signifikant zu reduzieren (z. B. durch vorrausschauendes Produktdesign, Recycling oder die Erschließung eigener bzw. alternativer Rohstoffquellen), solange wird auch in Zukunft das Gewaltisiko beim Austrag von Interessenkonflikten über den Zugang und die Ausbeutung dieser Ressourcen signifikant sein.

Nichtsdestotrotz leisten die oben dargestellten Governance-Initiativen einen Beitrag zur Abschwächung oder gar Überwindung des Ressourcenfluchs in von gewaltsamen Konflikten geplagten Ländern. Sie verdeutlichen, dass eine friedliche Bearbeitung von Ressourcenkonflikten selbst unter ungünstigen Bedingungen möglich ist. Aus Perspektive der Friedens-

und Konfliktforschung, die sich u. a. dafür interessiert, unter welchen Bedingungen Konflikte konstruktiv bearbeitet und friedlich ausgetragen werden (vgl. WELLER 2013), gibt diese Erkenntnis Anlass zur Hoffnung. Hinzu kommt die eingangs erläuterte Beobachtung, dass Ressourcenkonflikte über Wasser und Luft weder auf nationaler noch auf globaler Ebene zu gewaltsamen Austragungsformen neigen und die Feststellung, dass es auf lokaler Ebene bisher nur wenig Belege dafür gibt, dass die Ressourcenkonflikte um Wasser ursächlich für den Ausbruch von Gewalt zwischen Gruppen sind. Die zunehmende Versicherheitlichung etwa von Umweltproblematiken – über die klassischerweise als sicherheitsrelevant angesehene nationale Versorgung mit (bestimmten) mineralischen und energetischen Rohstoffen hinaus – gibt hingegen Anlass zur Sorge. Sie erhöht das Risiko des Gewalteinsatzes beim globalen Umgang mit der zum Teil zunehmenden Knappheit von natürlichen Ressourcen.

Wenn man die pessimistischen Grundannahmen ökonomistischer Ansätze nicht bzw. zumindest nicht in ihrer Ausschließlichkeit teilt, und darüber hinaus bestimmte normative Maßstäbe an die eigene Forschungsarbeit anlegen möchte, sind vor allem interdisziplinäre Perspektiven gefragt: Um der Komplexität lokaler, globaler, ökologischer, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge im Themenfeld natürlicher Ressourcen und ihrer Nutzung bzw. Verteilung gerecht zu werden, basieren diese Ansätze zumeist auf mehrstufigen Analysemodellen. Sie betonen vor allem die Notwendigkeit, unsere jeweils spezifischen Forschungsobjekte (z. B. Ressourcenkonflikte) als Teil eines komplexen Mensch-Umwelt-Systems zu konzeptualisieren. Zugleich basieren sie häufig auf der normativ wie funktional legitimierbaren Prämisse, dass die Nutzung natürlicher Ressourcen durch den Menschen auf möglichst nachhaltige Weise erfolgen sollte (z. B. BLEISCHWITZ & PFEIL 2009; ANDREWS-SPEED ET

AL. 2012; vgl. GRUNWALD & KOPFMÜLLER 2006). Damit ist jedoch noch nicht gewährleistet, dass auch der eingangs erläuterten normativen Anforderung entsprochen werden kann, jede gesellschaftliche und globale Bearbeitung von Ressourcenkonflikten an einer von allen Akteuren als gerecht empfundenen Verteilungsregel auszurichten. Mit Blick auf die sozio-ökonomischen und politischen Ausprägungen des Ressourcenfluchs in konfliktgeplagten Entwicklungsländern – sowie mit Blick auf globale Ressourcenkonflikte – sind die Chancen auf

eine nachhaltige Nutzung und gerechte Verteilung von natürlichen Ressourcen immer dann als gering einzuschätzen, wenn die entsprechenden Verteilungsregeln auf undemokratischen Wegen zustande kommen und wenn ungerechte Ressourcenausbeutung durch Gewaltapparate abgesichert wird. Solche Strukturen von Ressourcenkonflikten gilt es, mithilfe interdisziplinärer Analysen besser zu verstehen, um Ansatzpunkte erkennen zu können, wie Ressourcen nachhaltiger genutzt und gerechter verteilt werden können.